

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

Betriebsrats- sowie Jugend- und Auszubildendenvertreter-Wahlen 2014 - Mitbestimmungsrechte in allen Betrieben nutzen - Demokratie verwirklichen - Teilhabe stärken

Rede vom 26. März 2014, 31. Sitzung, Tagesordnungspunkt 12
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finden Sie in der Drucksache [17/1267](#)

Die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr können Sie in der Drucksache [17/1281](#) nachlesen.

Weitere Redner waren:

Ronald Schminke (SPD), Maaret Westphely (GRÜNE), Rainer Fredermann (CDU) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

[...] Frau König, Sie haben das Wort. Bitte schön!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schminke, ca. 80 % betrug die Beteiligung an den Betriebsratswahlen in den vergangenen Jahren. Das ist vor der Prämisse der Demokratie und Mitbestimmung, die aus dem Betriebsverfassungsgesetz hervorgeht, sehr begrüßenswert. Dieses Betriebsverfassungsgesetz gibt es in der Bundesrepublik seit 1952. Es ist wirklich ein sehr großes Entgegenkommen und eine vernünftige Vereinbarung gewesen. Das hat die soziale Marktwirtschaft gestärkt. Daran gibt es nichts auszusetzen. Herr Schminke, das müssen Sie nicht immer anbieten wie Sauerbier. Das kennen wir alle sehr gut.

(Beifall bei der FDP)

Meine Kolleginnen und Kollegen, alle vier Jahre stehen Betriebsratswahlen an. Es sind Wahlen, die jeder Einzelne als ein sehr wichtiges Ereignis in unserer freien Gesellschaft und Demokratie verstehen sollte. Sie sollen die Wirtschaft in ihrer sozialen Verantwortung stärken und haben sie schon gestärkt.

In Westdeutschland gehören Betriebsräte in jeden großen Konzern und in großen Unternehmen schon alleine deshalb, um eine ausgewogene Vertretung aller zu gewährleisten. Daran besteht auch gar kein Zweifel, Herr Schminke. Ich weiß nicht, warum Sie das immer so hervorholen, als ob das irgendetwas Besonderes wäre. Immerhin werden so mehr als 12 Millionen Beschäftigte vertreten. Das ist für uns klar genauso wie für alle anderen hier im Plenum.

Es ist falsch, immer zu interpretieren, dass es gute Gründe für Betriebsräte gibt. Natürlich gibt es die. Es gibt auch eine ganze Menge Leute aus unserer Partei, die Betriebsräte sind. Das müssen Sie uns nicht erklären.

Die Betriebsverfassung sichert als rechtliche Verfassung das Prinzip, dass der Mensch im Mittelpunkt des unternehmerischen Handelns stehen muss. Das sichert aber nicht nur das Betriebsverfassungsgesetz. Das sollte auch immer mit Ethik im Arbeitsbereich einhergehen. Diese Denkweise sollte jedem Unternehmer neben der wirtschaftlichen Leistung eines der größten Anliegen sein. Dafür plädieren auch wir.

Bei den kleinen und mittelständischen Unternehmen ist das in der Regel so, egal ob mit oder ohne Betriebsrat. Sie sind in erster Linie auf die gute und vertrauensvolle Mitarbeit jedes einzelnen Mitarbeiters angewiesen, sogar noch mehr als Großunternehmen. Denn sie haben keine so hohe Personalausstattung. Deswegen können sie es nicht kompensieren. Daher gehen sie so verantwortungsvoll und individuell mit ihren Fachkräften um, die sie halten müssen und nicht von der Industrie abwerben lassen wollen.

Ich habe gelernt, dass wir in einem freien demokratischen Land leben, und ich vertraue auf die Selbstbestimmung der Menschen in diesem Land. Daher bin ich der festen Überzeugung, dass jeder Mitarbeiter genau weiß, was für ihn am besten ist, und auch danach handelt.

Ja, es gibt noch Mitarbeiter, die sich insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen gegen die Bildung eines Betriebsrates aussprechen. Sie haben dafür sicherlich auch gute Gründe. Es ist ein schwerer Fehler, wenn wir uns hier wieder einmal in die Unternehmensstruktur einmischen, die wir aus politischer Sicht gar nicht kennen können.

(Ronald Schminke [SPD]: Da haben wir es wieder!)

- Herr Schminke, Sie kennen nur die Industrieunternehmen und nicht die kleinen und mittelständischen Unternehmen und wissen nicht, wie diese mit ihren Mitarbeitern umgehen.

(Ronald Schminke [SPD]: Genau die kenne ich!)

Sonst würden Sie ganz anders darüber reden.

(Beifall bei der FDP)

Es ist wieder einmal ein Eingriff in die Tarifautonomie, den Sie vornehmen wollen. Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind miteinander im Dialog und können das viel besser machen als jeder von uns in der Politik.

(Beifall bei der FDP)

Zahlen zeigen uns: Es gibt immer weniger Unternehmensgründungen. Es wird immer schwieriger, Nachfolger zu finden. Vielleicht hat das auch etwas mit dieser stärkeren Bevormundung zu tun. Darüber sollten wir einmal nachdenken.

(Beifall bei der FDP)

Demokratie und Rechtsstaat brauchen demokratisch legitimierte Betriebsräte, keine gegängelten und auch keine politisch motivierten. Lassen Sie den Menschen die Freiheit und ihr Recht, selbst zu entscheiden! Wir von der FDP trauen ihnen das zu. Ich glaube, sie können das sehr gut.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau König. - Wir haben zwei Kurzinterventionen, können aber nur eine zulassen. Herr Kollege Will, Sie waren der Erste. Der Zweite war Herr Schminke. Ich hoffe, Sie haben sich so verständigt.

(Zuruf)

- Herr Schminke!

Ronald Schminke (SPD):

Liebe Frau Kollegin König, ich muss Ihnen leider sagen, dass ich selbst aus einem kleinen Betrieb komme. Ich habe da gelernt und genau mitbekommen, wie es dort zugeht. Ich weiß, wie es in ganz

vielen kleinen Betrieben zugegangen ist, weil ich als Gewerkschaftssekretär und 16 Jahre als Geschäftsführer einer Baugewerkschaft gearbeitet habe. Mir müssen Sie nicht erklären, wie Kleinunternehmen agieren und mit ihren Leuten umgehen, mit gewählten Betriebsräten oder mit Leuten, die Betriebsratswahlen durchziehen wollen, die daran aber gehindert werden, mit welchen Mitteln auch immer; dazu könnte ich Ihnen ein ganzes Buch schreiben.

Was Sie hier sagen, ist nicht die Wirklichkeit. Sie haben im Ausschuss argumentiert: Ja, Betriebsräte, aber nur in den Großbetrieben.

(Gabriela König [FDP]: Nein!)

Sie sagen: Da ist das in Ordnung. Aber in kleinen Betrieben kann jeder selbst mit seinem Chef alles regeln. - Dies ist im Protokoll nachzulesen. - Das, was Sie sagen, ist leider nicht der Fall. Das ist schon gar nicht in Betrieben der Branchen der Fall, in denen wirklich mit hoher Kriminalität gearbeitet wird. Es sind Branchen, die wir alle kennen. Im Baubereich wurde mit hoher Kriminalität gearbeitet. Wir haben nicht umsonst Hauptzollämter, die die Baustellen bewaffnet kontrollieren. Warum denn wohl? - Missbrauch und Dumpinglöhne haben da immer schon eine Rolle gespielt. Diese Realität nehmen Sie gar nicht zur Kenntnis. Dafür gibt es Betriebsräte, die in den Betrieben genau hingucken und sagen, dass Werkvertragsarbeit anständig bezahlt werden muss. Dafür sind Betriebsräte da.

(Beifall bei der SPD)

Dafür ist ein Hauptzollamt da, das so etwas kontrolliert. Ich sage es Ihnen noch einmal: Die gehen da bewaffnet hin, und dies nicht aus Jux und Tollerei.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Die FDP möchte antworten. Frau König, bitte schön!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Schminke, Sie machen hier immer einen Terz. Das ist unglaublich!

(Beifall bei der FDP - Klaus-Peter Bachmann [SPD]: Wie bitte? - Gerd Ludwig Will [SPD]: Das ist unglaublich!)

Ich weiß zwar, dass Sie immer mit den Problemfällen zu tun gehabt haben; denn die Fälle, in denen es wirklich gut läuft, kommen bestimmt nicht zu Ihnen. Das ist ganz klar.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Deswegen können Sie hier auch nichts anders vertreten und sagen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Deshalb hat er auch so viel zu tun!)

Aber auf der anderen Seite gibt es natürlich überall schwarze Schafe. Ich habe nie gesagt, dass in Kleinunternehmen keine Betriebsräte sein sollen. Die Arbeitnehmer sollen es aber entscheiden dürfen. Sie können doch nicht hingehen und einem kleinen Handwerker mit sieben oder acht Leuten vorschreiben, was er zu tun und zu lassen hat, und ihm dann Sanktionen auferlegen, wenn die Mitarbeiter das gar nicht wollen! Genau das ist aber der Ansatz, den ich Ihnen im Ausschuss versucht habe klarzustellen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Keine Ahnung!)

Es gibt mittlerweile die Tendenz, dass Sie sagen: Egal, ob zwei oder drei Leute beschäftigt sind. Wir wollen sie alle haben, auch wenn sie sich nur selber vertreten können. - Sie schlagen in der Beziehung wirklich eine sehr starke Tendenz ein. Dagegen wehren wir uns mit Händen und Füßen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

[...] Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 17/1267 unverändert annehmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. -Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit. Meine Damen und Herren, der Beschlussempfehlung wurde gefolgt.